

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 14. Juni 2016

Kampf gegen Rassismus

Was hilft gegen Rechtsextremismus und Rassismus? Darüber debattierten die Abgeordneten nach einer Unterrichtung durch die rot-grüne Landesregierung. S. 3

Grundschulen

Die Situation der Grundschulen stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Opposition im Landtag. S. 5

Politik und Humor

Politik und Humor haben sich noch nie ausgeschlossen. Das beweisen die „Schwanenspiegeleien“, eine Sammlung kurioser Zitate und Geschichten aus dem nordrhein-westfälischen Landtag. S. 6-7

Royaler Besuch

Eine Königin im Landtag: Dieser nicht alltägliche Besuch wurde am 24. Mai 2016 Realität. Ihre Majestät Königin Silvia von Schweden besuchte das Landesparlament und wurde herzlich empfangen. S. 14-15



Aufgabe Pflege

Herausforderung für Politik und Kliniken



Nicht alltäglicher Besuch

Beginnen wir mit royalem Besuch, der auch im Landtag nicht alltäglich ist: Ihre Majestät Königin Silvia von Schweden war am 24. Mai 2016 in Düsseldorf zu Gast. Natürlich wurde der berühmte rote Teppich ausgerollt und natürlich waren alle sehr gespannt auf die Königin. Sie begegnete einer sympathischen, freundlichen Frau, für die der Besuch eigentlich ein Heimspiel war – als Silvia Renate Sommerlath hatte sie schließlich 1963 am Düsseldorfer Luise-Gymnasium ihr Abitur gemacht. Mehr zum Besuch der schwedischen Königin lesen Sie auf den Seiten 14 und 15.

Pflege in Krankenhäusern

Wie steht es um die Pflege in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern, wie um die Situation des Pflegepersonals? Mit diesen Fragen hat sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales befasst. In einer Anhörung bezogen Sachverständige Stellung und sprachen dabei auch einen Mangel an Fachkräften an (Seite 9). In der Rubrik „Standpunkte“ äußern sich Expertinnen und Experten der Fraktionen zum Thema (Seiten 10 und 11).

Plötzlicher Herztod und Kreislaufstillstand gelten in Deutschland als dritthäufigste Todesursache. Mediziner sind jedoch der Überzeugung, dass viele Opfer überleben könnten, wenn ihnen rechtzeitig geholfen

würde. Entscheidend sei das Zeitfenster zwischen Zusammenbruch und Eintreffen der Rettungskräfte. Häufig aber hätten potenzielle Ersthelfer Angst, etwas falsch zu machen. Dabei seien Erste Hilfe und Wiederbelebung kinderleicht, hieß es in einer weiteren Sachverständigen-Anhörung des Fachausschusses (Seite 13).

Die Landesregierung will die Versorgung von Ministerinnen und Ministern neu regeln. Die Änderungen und Ergänzungen betreffen u. a. den Beginn der Ruhestandszahlungen. Außerdem sollen Karenzzeitregelungen analog der Bundesregelungen aufgenommen werden. Das heißt: Nach Beendigung ihrer Amtszeit dürfen frühere Ministerinnen und Minister unter Umständen nicht sofort eine neue Stelle antreten. In einer Anhörung des Hauptausschusses betrachteten Experten den Gesetzentwurf vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsmäßigkeit (Seite 18).

Was hat der Verkehrsausschuss auf „gewissen Straßen“ in Paris zu suchen? Warum hebt ein Abgeordneter den Hut, wenn er am Leverkusener Kreuz vorbeifährt? Wo wird mit Kanonen auf Stichelinge geschossen? Antworten finden Sie, liebe Leserinnen und Leser, in den „Schwanenspiegeln“ auf den Seiten 6 und 7. Das 1980 erschienene Büchlein gleichen Namens beweist, dass sich Politik und Humor noch nie ausgeschlossen haben. Die Redaktion setzt mit diesem Beitrag ihre Berichterstattung zum 70. Geburtstag von Land und Landtag NRW fort. zab



Titelthema: Aufgabe Pflege

Herausforderung für Politik und Kliniken 9-11

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2324 (wib), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Freitag, 10. Juni 2016, 12 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

| | |
|--|---|
| Gegen Rassismus und Rechtsextremismus | 3 |
| Meldungen | 4 |
| Grundschulen im Blick | 5 |

Forum

| | |
|--|-----|
| 70 Jahre Landtag: Humor und Politik | 6-7 |
|--|-----|

| | |
|---------------------------|---|
| Gesetzgebung | 8 |
|---------------------------|---|

Aus den Ausschüssen

| | |
|--|----|
| Meldungen | 12 |
| Leben retten: Anhörung zur Ersten Hilfe | 13 |
| Sachverständige zum Ministergesetz | 18 |

Forum

| | |
|--|-------|
| Royal Besuch im Landtag NRW | 14-15 |
|--|-------|

| | |
|---------------------------------|-------|
| Aus den Fraktionen | 16-17 |
|---------------------------------|-------|

Forum

| | |
|---|----|
| Im Porträt: Claudia Middendorf (CDU) | 19 |
| Kurz notiert | 20 |

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Landtag debattiert kontrovers über Handlungskonzept der Landesregierung

8. Juni 2016 – Rechtsextreme Hetze im Internet, Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Rassismus im Alltag. Die Landesregierung will mit einem „Integrierten Handlungskonzept“ gegensteuern. Ministerin Christina Kampmann stellte das Konzept im Plenum vor. Die Oppositionsfractionen kritisierten es als einseitig und enttäuschend.



Nach Angaben von Christina Kampmann (SPD), Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, ist das Konzept zunächst auf drei Jahre angelegt und umfasst insgesamt 166 Maßnahmen.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses [Handlungskonzept](#) ein wichtiger Baustein in unserem Kampf gegen den Rechtsextremismus ist“, sagte [Christina Kampmann](#).

Es gehe darum, die Kräfte für eine nachhaltige Prävention zu bündeln und zu koordinieren. Die Landesregierung stelle mit dem laufenden Haushalt insgesamt 2,3 Millionen Euro zusätzlich bereit, u.a. für die mobile Beratung sowie die Opferberatung. Überwiegend sollen mit dem Geld laut Kampmann jedoch kommunale Handlungskonzepte gefördert werden.

Die Ministerin dankte allen, die sich in NRW für eine weltoffene Gesellschaft engagierten.

[Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg](#) (CDU) erinnerte an den fremdenfeindlichen Brandanschlag von Solingen im Jahr 1993 und machte deutlich: „Wir stehen heute, 23 Jahre später, vor keineswegs geringeren Problemen.“ Das von Rot-Grün vorgelegte Konzept sei grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Es habe aber offenbar nichts kosten dürfen und es betrachte den Extremismus zu einseitig, so Sternberg. Seiner Ansicht nach liegt der Schlüssel für einen erfolgreichen Kampf gegen Extremismus in der Sozial- und Wirtschaftspolitik: „Es ist vor allem die soziale Lage, die Jugendliche in die Arme von Radikalen treibt.“

„Zusammenführen“

[Nadja Lüders](#) (SPD) wies die Kritik ihres Vorredners zurück. Wesentliches Ziel des Konzepts sei es, Staat und Zivilgesellschaft zusammenzuführen, um Rassismus und Rechtsextremismus gemeinsam zu begegnen. Es sei erfreulich, dass den Kommunen Geld für entsprechende Projekte zur Verfügung gestellt werde. Sie rief dazu auf, „gemeinsam weiterzuarbeiten“. Prävention sei keine staatliche Aufgabe allein. Jeder Mensch müsse sich „täglich aufs Neue dafür einsetzen, dass Rassismus und Rechtsextremismus keinen Raum finden“. Die Sensibilisierung der Gesellschaft müsse erhöht werden, da setze das Konzept an.

[Dr. Joachim Stamp](#) (FDP) nannte das Konzept der Landesregierung „eine einzige Enttäuschung“. Es handle sich um ein „Sammelsurium von Allgemeinplätzen, Absichtserklärungen, Selbstverständlichkeiten und permanenten Wiederholungen“. Der Ernsthaftigkeit des Themas werde das vorgelegte Konzept nicht gerecht. Wichtige Themen seien nicht aufgegriffen worden. Er habe u. a. eine Auseinandersetzung mit der Frage erwartet, wie man mit zunehmendem Rassismus in Sozialen Medien umgehen soll oder wie verhindert werden könne, dass aus der Angst vor Fremden Gewalt gegen Fremde werde.

Für die GRÜNEN-Fraktion sagte [Verena Schäffer](#), es brauche eine demokratische Gesellschaft, die sich angesichts von Rassismus und Rechtsextremismus empöre und auf die Straße gehe. In NRW könne man auf eine solche Gesellschaft bauen, denn die Mehrheit der Menschen stehe für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt. Das Handlungskonzept der Landesregierung nannte die Abgeordnete einen „Meilenstein“. Es gebe viele Maßnahmen mit einer klaren Zuständigkeit. Sie sehe das Konzept auch als Handlungsauftrag an die Ministerien, die dem Landtag einmal im Jahr über den Stand der Umsetzung berichten sollten.

[Daniel Dünkel](#) (PIRATEN) lobte den „offenen Prozess“ bei der Erarbeitung des Konzepts, u. a. durch Debatten bei Regionalkonferenzen, nannte das Konzept selbst aber unkonkret. „Es ist nicht alles Gold, was glänzt.“ Zudem sei zu viel Zeit ins Land gegangen, bis es vorgelegt worden sei. Und im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sei jede Zeitverzögerung „fatal“. Dünkel kritisierte insbesondere, dass Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag mit Blick auf Defizite bei den Sicherheitsbehörden nicht in Nordrhein-Westfalen umgesetzt worden seien. Hier laute das Fazit: „Fehlanzeige.“ *bra, zab, wib*

Fotos: Schälte



Ministerin Christina Kampmann (SPD)



Anfrage zur Bürokratie

8.6.2016 – „Mehr Chancen für jeden statt Regeln für alles – Ausmaß und Auswirkungen der kontinuierlich anwachsenden Regelungsdichte in Nordrhein-Westfalen für Bürger, Unternehmen und öffentliche Haushalte sowie Auswege aus dem Bürokratiedickicht für mehr Freiheit, Effizienz und Wachstum“ – so lautet der Titel einer Großen Anfrage der FDP-Fraktion ([Drs. 16/8761](#)). Der Landtag debattierte nun über diese Anfrage und die Antwort der Landesregierung ([Drs. 16/10351](#)). Die FDP kritisiert u. a., dass es seit mehreren Jahrzehnten einen „immer größer werdenden Wust an Bürokratie“ gebe, an dem NRW „allmählich zu ersticken“ drohe. Sie fordert einen „entschlossenen Abbau“ von Bürokratie, „um unser Land in eine solide Zukunft mit schlanken Strukturen und gesunden Finanzen zu führen“, und hatte der Landesregierung insgesamt fast 290 Fragen gestellt, u. a. zu den Themenbereichen Umweltzonen, E-Government sowie Steuern und Abgaben. Die Landesregierung wies in ihrer Antwort u. a. darauf hin, dass sie „Regelungen, die dem Schutz und Erhalt der sozialen und wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der wirtschaftlich schwächeren Teile der Bevölkerung, dem Gesundheitsschutz sowie dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen dienen“, für unverzichtbar halte – auch, wenn die Kontrolle aufwendig sei.

Soziale Inklusion

8.6.2016 – Der Landtag hat das „Erste allgemeine Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ ([Drs. 16/9761](#) und [16/12130](#)) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN beschlossen. Die Fraktionen von CDU und PIRATEN stimmten gegen den Entwurf der Landesregierung, die FDP-Fraktion enthielt sich. Hintergrund des Gesetzes: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte am 13. Dezember 2006 die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Das Übereinkommen trat 2009 in Deutschland rechtsverbindlich in Kraft. Ziel ist es, „den vollen und

gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern“. Mit dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf sollen in einem ersten Schritt die aus der UN-Behindertenrechtskonvention resultierenden Anforderungen an die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Behinderten an der Gesellschaft in landesgesetzliche Regelungen überführt werden. Er enthält 11 Artikel, darunter das Inklusionsgrundsatzgesetz sowie Änderungen des Behindertengleichstellungs-, Kinderbildungs-, Schul-, Landeswahl- und Kommunalwahlgesetzes.

Landesbauordnung

8.6.2016 – Der Landtag hat sich in erster Lesung mit der „Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen“ befasst. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/12119](#)). Ziel sei es u. a., die Barrierefreiheit in Gebäuden zu verbessern, baurechtliche Hürden zu beseitigen, den Verbraucherschutz zu stärken und den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheiten einzuräumen. Sie benötigten „mehr Spielraum, um bedarfsgerecht Kfz-Stellplätze und Abstellplätze für Fahrräder vorzusehen“, heißt es in dem Entwurf. Außerdem solle das Bauen mit Holz erleichtert werden. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen.

Videobeobachtung

8.6.2016 – Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, die rechtlichen Hürden für polizeiliche Videobeobachtung zu senken ([Drs. 16/12121](#)). Videoaufnahmen seien „ein wichtiges Instrument zur Gewinnung polizeilicher Erkenntnisse“, heißt es in dem Antrag. Mithilfe des gewonnenen Bildmaterials könnten Straftäter überführt und durch Einsatz der Kameras po-

tenzielle Kriminelle abgeschreckt werden. In NRW dürfe die Polizei die Videobeobachtung derzeit jedoch nur an sogenannten Kriminalitätsbrennpunkten einsetzen. Nach Ansicht der Christdemokraten sollte dies auch an anderen Orten möglich sein. Der Antrag wurde an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.

Nachtragsetat

9.6.2016 – In erster Lesung hat sich der Landtag mit dem zweiten Nachtragshaushalt der Landesregierung für 2016 befasst. Der Gesetzentwurf ([Drs. 16/12117](#)) sieht Mehrausgaben von rund 550 Millionen Euro vor, insbesondere zur Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen. Die Nettoneuerschuldung soll weiter bei 1,8 Milliarden Euro bleiben, das Haushaltsvolumen steigt auf 69,9 Milliarden Euro.

Sperrklausel beschlossen

9./10.6.2016 – Das Plenum hat in dritter Lesung die Einführung einer Sperrklausel von 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen beschlossen. Der Debatte lag ein Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN („Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften“, [Drs. 16/9795](#) und [16/12134](#)) zugrunde. Für den Entwurf votierten in namentlicher Abstimmung 180 Abgeordnete. 15 stimmten dagegen bei 16 Enthaltungen. Da es sich um eine Änderung der Verfassung handelt, waren drei Lesungen und eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die zweite Lesung fand am 9. Juni, die dritte am 10. Juni 2016 statt. Durch die Einführung der Sperrklausel solle die Funktionsfähigkeit der Räte und Kreistage gesichert und deren „Zersplitterung“ verhindert werden, hieß es im Entwurf. In Nordrhein-Westfalen hatte es früher bereits eine 5-Prozent-Sperrklausel bei Kommunalwahlen gegeben. Der Verfassungsgerichtshof NRW erklärte sie jedoch am 6. Juli 1999 für verfassungswidrig. Daraufhin hatte der Landtag die entsprechenden Bestimmungen gestrichen.



Foto: Schälte

PLENUM

Grundschulen im Blick

Debatte über Unterricht, Klassengrößen und Lehrerstellen

9. Juni 2016 – Der Landtag hat sich mit der Situation an nordrhein-westfälischen Grundschulen befasst. Hintergrund war eine Umfrage des Landesverbands Bildung und Erziehung (VBE). Der Verband klagt u. a. über Unterrichtsausfall und zu große Klassen. In einer von den Oppositionsfractionen beantragten Aktuellen Stunde wurde das Thema kontrovers diskutiert.

Der Debatte lagen ein Antrag der PIRATEN-Fraktion ([Drs. 16/12178](#)) sowie ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([Drs. 16/12179](#)) zugrunde. Der VBE-Umfrage zufolge hat jede dritte Grundschule nicht die Zahl an Lehrkräften, die ihr nach dem festgelegten Personalschlüssel zustehe. Zwei Drittel der Grundschulen hätten zudem angegeben, keine personelle Reserve zu haben, um kurzfristigen Unterrichtsausfall zu vermeiden. An der Umfrage hatten sich nach Angaben des VBE 45 Prozent der öffentlichen Grundschulen beteiligt.

„Die Zuschriften aus den Grundschulen werden immer verzweifelter“, sagte PIRATEN-Fraktionschef [Michele Marsching](#). Dies führte er auf zu wenig personelle und finanzielle Mittel zurück, wodurch auch die Inklusion und die individuelle Förderung der Kinder auf der Strecke blieben. Während die Oberstufe verhältnismäßig gut ausgestattet sei, herrsche in den Grundschulen großer Mangel, betonte Marsching. Dies werde ihrer Bedeutung als Ort, an dem die Basis für die Bildung gelegt werde, nicht gerecht. Marsching forderte die Regierung auf, in die Zukunft zu investieren: „Bildung muss aus der Schuldenbremse heraus.“

„Gute Perspektive fürs Leben“

Auch CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) unterstrich die Chance der Grundschulen, allen Kindern eine gute Perspektive fürs Leben zu ermöglichen. Doch viele Lehrerstellen seien unbesetzt, Sonderpädagogen für die Inklusion fehlten und Unterricht falle regelmäßig aus. Laschet forderte Rot-Grün auf, ausgefallene Stunden richtig zu erfassen, denn Kinder in NRW hätten während der Grundschulzeit im Schnitt insgesamt ein halbes Jahr weniger Unterricht als in Bayern. „Lassen Sie das mit den PR-Aktionen und Modellprojekten“, rief Laschet der Regierung zu. Sie solle handeln, sonst lasse sie am Ende mehr Kinder zurück, als sie übernommen habe.

Die Landesregierung habe sich vom Recht eines jeden Kindes auf individuelle Förderung verabschiedet, sagte [Yvonne Gebauer](#) (FDP). Den Grundschulen werde zu viel zugemutet. Sie sprach von einer „katastrophalen Umsetzung der Inklusion“ und den Herausforderungen durch die Integration von Flüchtlingskindern. Für die Förderung besonders begabter Kinder stünden keine Ressourcen mehr zur Verfügung. Die Landesregierung spiele mit den „Lebenschancen der Schülerinnen und Schüler“. Gebauer erinnerte an das von Rot-Grün formulierte Ziel, kein Kind zurückzulassen. Tatsächlich aber hole die Landesregierung viele Kinder gar nicht mehr ab.

[Renate Maria Hendricks](#) (SPD) hielt die Kritik der Oppositionsfractionen für nicht berechtigt. Alle seien sich einig, dass die Grundschulen von zentraler Bedeutung seien. Zudem sei die VBE-Umfrage zur Situation der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen nicht repräsentativ. Die durchschnittliche Klassengröße liege aktuell bei 23,2 Schülerinnen und Schülern – und nicht bei 24,3, wie vom VBE angegeben. Zudem sei die Lehrerversorgung besser als in Zeiten der schwarz-gelben Regierungskoalition. Die Entwicklung der Schülerzahlen durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern sei nicht absehbar gewesen.

[Sigrid Beer](#) (GRÜNE) wies die Kritik der Opposition ebenfalls zurück. SPD und GRÜNE hätten in den vergangenen sechs Jahren viel getan, um die Grundschulen zu stärken. So seien nicht nur keine Stellen abgebaut worden, obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler seit 2010 um mehr als 27.000 zurückgegangen sei. Es seien

vielmehr 1.700 zusätzliche Stellen geschaffen worden, damit kleine Standorte erhalten werden könnten. „Alles, was wir versprochen haben, haben wir umgesetzt.“ Beer sagte zugleich, dass es noch weitere Aufgaben gebe. Sie nannte konkret eine Anhebung der Besoldung von Grundschullehrerinnen und -lehrern.

Schulministerin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) kritisierte, die Opposition suggeriere, dass die Grundschulen „explizit schlecht behandelt“ würden. Dies sei nicht der Fall. Im Gegenteil habe keine andere Landesregierung mehr in diesen Bereich investiert als die derzeitige rot-grüne. So sei das im November 2012 vom Landtag beschlossene Grundschulkonzept „auf Punkt und Komma“ umgesetzt worden, u. a. durch 1.700 zusätzliche Stellen. Dies sei eine „echte Standardverbesserung“. Der Schuletat sei „massiv gewachsen“. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung habe dagegen „viel versprochen und nichts eingehalten“. *bra, zab, wib*

Das Ständehaus am Schwanenspiegel, einem Gewässer in Düsseldorf-Unterbilk, war von 1949 bis 1988 Sitz des nordrhein-westfälischen Landtags. Der Schwanenspiegel stand aber auch Pate für ein Büchlein, das vor allem eines beweist: Politik und Humor haben sich noch nie ausgeschlossen. Das wussten nicht nur die Abgeordneten Peter Giesen und Heinz Szymczak. Sie aber hatten in Plenar- und Ausschusssitzungen ganz genau hingehört und das, was ihnen bemerkenswert erschien, aufgeschrieben und gesammelt. Ihre „Schwanenspiegeleien“ erschienen 1980, Herausgeber war der damalige Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz. Im Folgenden nun eine kleine Auswahl der Schwanenspiegeleien – so, wie Giesen und Szymczak sie notiert hatten.

FORUM

Schwanenspiegeleien

„Der Kollege ist so fromm, wenn der am Leverkusener Kreuz vorbeifährt, nimmt er jedesmal den Hut ab.“

Abgeordneter zu einem Kollegen: „Sie wackeln mit dem Kopf. Aber womit wollen Sie auch sonst wackeln?“ Der Präsident: „Hier kann jeder wackeln, womit er will!“

Eine Landtagsfraktion warb in einem Stellenangebot um Sekretärinnen: „Am Düsseldorfer Schwanenspiegel fehlen Damen . . . Unmittelbarer Kontakt zu Abgeordneten und Ministern bringt viel Abwechslung.“

Zu einem Gnadengesuch: „Man kann dem Ministerpräsidenten nicht unterstellen, dass er morgens um sieben Uhr aufsteht und sofort beschließt, einen freundlichen Akt zu vollziehen.“

Landwirtschaftsminister Diether Deneke, Nicht-Jäger, nach seinen Gefühlen bei Beginn einer Treibjagd gefragt: „Ich drücke den Hasen beide Daumen.“

Während der Debatte über die Hochschulpolitik des Landes versuchte der Wissenschaftsminister Johannes Rau (SPD) den Redner der CDU, Dr. Wilfried Heimes, mit der Frage „Kennen Sie das Fides-Projekt?“ aus der Fassung zu bringen. Heimes ließ sich nicht irritieren: „Berichten Sie doch selbst, Herr Minister!“ Darauf Fraktionskollege Professor Dr. Wolfgang Brüggemann zum Minister: „Kennen Sie denn das Peko-System?“ – „Selbstverständlich!“, antwortete der Minister. Erklärte der CDU-Professor unter dem Gelächter seiner Kollegen behaglich: „Das gibt es gar nicht, das ist nämlich eine Firma, die Schwimmbäder baut.“



XX

XX

70 JAHRE LANDTAG NRW

Dr. Karl Fell: „Ich bin mit diesem ganzen Scheißdreck nicht einverstanden!“ Rüge eines Kollegen! Dr. Karl Fell: „Schon gut, ich nehme den Dreck zurück!“

Zum Landesfischereigesetz: „Hier wird mit Kanonen auf Stichlinge geschossen.“

Abgeordneter: „Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit möchte ich mich kurzfassen.“ Der Präsident: „Verzeihung, Herr Kollege, Ihre Redezeit ist nicht fortgeschritten, sie ist schlicht abgelaufen.“

Zur Lage des Personennahverkehrs: „Die öffentlichen Hände laufen mit hängender Zunge hinter der Entwicklung her.“

Eine Abgeordnete zu ihren Kollegen: „Ich freue mich, dass wir heute so zwanglos zusammenkommen, um uns gegenseitig zu befruchten.“

Der Ausschuss für Jugend- und Familienfragen diskutierte den Haushaltstitel „Internationale Jugendbegegnung“. Merkte der Ruhrgebietsabgeordnete Heinz Urban kritisch an: „Wir waren mit dem Verkehrsausschuss in Paris und haben da auf gewissen Straßen deutsche Jugendgruppen getroffen, wo sie bestimmt in diesem Sinne nicht hingehörten.“ Prompt kam der Zwischenruf: „Was hat denn ausgerechnet der Verkehrsausschuss auf diesen Straßen gesucht?“

Zusammengestellt von zab; Foto: Schälte

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9761](#) | [Drs. 16/12130](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 8.6.2016 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten | [Drs. 16/12068](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8.6.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [Drs. 16/12069](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8.6.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion | [Drs. 16/12118](#) | 1. Lesung am 8.6.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung) | [Drs. 16/12119](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8.6.2016 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12120](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 8.6.2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016 | [Drs. 16/12117](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9.6.2016 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/9795](#) | [Drs. 16/12134](#) | SPD, CDU, GRÜNE | 2. Lesung am 9.6.2016 | 3. Lesung am 10. Juni 2016 | angenommen

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz | [Drs. 16/10380](#) | [Drs. 16/12136](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9.6.2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/11892](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/11843](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung des Landeszustellungs-gesetzes | [Drs. 16/11845](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung | [Drs. 16/11844](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunal-ebene | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10379](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/10799](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesminister-gesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/11153](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung



Foto: Schälte

TITELTHEMA

Pflege im Fokus

Fachleute fordern Erhebung zu Personalbedarf

25. Mai 2016 – Wer im Krankenhaus liegt, hofft auf eine bestmögliche Pflege, um schnell wieder auf die Beine zu kommen. Doch in vielen Kliniken fehle es an Pflegepersonal, haben Fachleute im Landtag angemahnt. Eine dünne Personaldecke begünstige Fehler bei der Medikation, die Gefahr von Infektionen steige. Wie viele Pflegekräfte es folglich brauche? Dafür gebe es bislang keine Mindeststandards.

Auf Antrag der PIRATEN-Fraktion ([Drs. 16/9586](#)) bezogen die Sachverständigen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales Position zur Situation der Pflege in Krankenhäusern. Personal und Zeit seien zunehmend knapp – zum Leid der Patientinnen und Patienten, heißt es in dem Antrag. Die Fraktion fordert daher u. a., die Investitionskostenförderung im Landeshaushalt auf 1 Milliarde Euro zu verdoppeln und eine Kommission für NRW einzusetzen, die den tatsächlichen Personalbedarf sowie die entsprechenden Kosten ermitteln soll.

„Wir können eine sehr starke Arbeitsverdichtung für das Pflegepersonal im Krankenhaus konstatieren“, bestätigte Prof. Dr. Stefan Greß von der Hochschule Fulda. Weniger Personal, höhere Anforderungen: Insbesondere die seit dem Jahr 2004 geltenden Fallpauschalen hätten die Situation verschärft (siehe Infokas-

ten). Greß sieht die Versorgungsqualität dadurch massiv gefährdet. Laut Martin Dichter vom Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe ist die Zahl der Pflegekräfte im Zeitraum von 1996 bis 2006 bundesweit um rund 50.000 Vollzeitstellen gesunken, die Zahl der behandelten Menschen sowie deren Pflegebedarf jedoch gestiegen.

Hinzu komme, dass die Investitionsmittel für die Kliniken nicht reichten, mahnte Greß. In den Jahren 1991 bis 2013 habe NRW bei der Investitionskostenfinanzierung pro Bett im Bundesländervergleich den letzten Platz belegt. Auch Jochen Brink, Präsident der Krankenhausgesellschaft NRW, kritisierte die Finanzierung der Investitionskosten durch das Land – zu der es gesetzlich verpflichtet sei – als unzureichend. Rund 360 Krankenhäuser mit 120.000 Betten gab es im Jahr 2014 nach Angaben von

Brink in NRW. Wenn hier Investitionslücken entweder gar nicht oder aus Betriebskosten gestopft würden, gehe dies auch zulasten des Pflegepersonals.

Wie viele Pflegekräfte im Klinikalltag mindestens benötigt werden, ist laut der Fachleute bislang nicht bekannt. „Das DRG-System ist ein Ist-Kosten-System“, unterstrich Greß. Es bilde keine Bedarfe ab. Nach Auffassung von Dichter sind quantitative Mindeststandards jedoch notwendig. Hierzu müsse es Studien in NRW geben – ein Prozess, der fünf bis zehn Jahre dauern werde.

Brink äußerte hierzu die Hoffnung, dass die im vergangenen Jahr vom Bund eingesetzte Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ entsprechende Schwellenwerte erarbeiten werde. Greß warnte allerdings vor überzogenen Erwartungen: Bis zur Bundestagswahl 2017 rechne er lediglich mit einem Übergangsvorschlag. Eine weitere Kommission speziell für NRW befürwortete Brink nicht. Nach Ansicht von Dichter könnte ein solches Zusatzgremium unter Umständen sinnvoll sein, wenn es mit politischer Durchschlagskraft ausgestattet wäre.

„Beruf attraktiver machen“

Weniger Investitionslücken und mehr Personal seien nicht nur für die Qualität der Versorgung relevant, betonte Greß: Dies könne den Pflegeberuf auch wieder attraktiver machen. Denn laut Brink falle es den Kliniken zunehmend schwer, freie Stellen zu besetzen: „Das sind unsere beiden Hauptprobleme: Finanzierung und Arbeitsmarkt.“

Als mögliche Antwort auf den Fachkräftemangel schlug unter anderem Michael Süllwold vom Verband der Ersatzkrankenkassen vor, einen niederschweligen Berufseinstieg – etwa über die Ausbildung zur Krankenpflegehilfe – zu ermöglichen. Nach Einschätzung von Dichter wird dies allerdings nur mit einer ausreichenden Zahl an anleitenden Pflegekräften funktionieren: „Wo es Indianer gibt, braucht es auch Häuptlinge.“ *bra*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

DRG-Fallpauschalen

Seit Anfang des Jahres 2004 rechnen deutsche Kliniken Behandlungen nicht mehr nach der Bundespflegesatzverordnung, sondern nach diagnosebezogenen Fallpauschalen ab, den „Diagnosis Related Groups“ (DRG). Die DRG-Fallpauschalen und damit die Höhe der Vergütungssätze ergeben sich pauschal aus der Art und dem Schweregrad der diagnostizierten Krankheit. Der tatsächliche individuelle Krankheits- oder Genesungsverlauf sowie die real entstandenen Kosten bleiben unberücksichtigt.

Standpunkte

Meinungen zum Schwerpunkt „Pflege“



Michael Scheffler
(SPD)



Oskar Burkert
(CDU)

Die Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern in NRW ...

... verbessern wir kontinuierlich. Wir brauchen in der Pflege gut qualifiziertes und ausreichend Personal. Deshalb hat sich NRW im Bundesrat für zwei Förderprogramme zum Erhalt und Ausbau des Pflegepersonals eingesetzt. Wichtige Bausteine sind das Krankenhausstrukturgesetz mit dem enthaltenen „Pflegezuschlag“ und das „Pflegestellen-Förderprogramm“. Damit stehen jährlich mehrere Hundert Millionen Euro bereit.

... ist deutlich verbesserungsfähig. Persönliche Ansprache, das Gefühl, versorgt und betreut zu werden und menschliche Zuwendung zu bekommen, müssen neben einer exzellenten medizinischen Versorgung wieder deutlich mehr Raum gewinnen. Dafür muss zwingend genügend Pflegepersonal vorhanden sein. Das kommt auch dem Pflegepersonal zugute, dessen Arbeitsbedingungen verbessert und aufgewertet werden.

Für eine bestmögliche Versorgung der Patientinnen und Patienten ...

... haben wir 2014 einen zukunftsfesten Krankenhausplan erstellt. Darin sind als entscheidende Kriterien Qualität und Orientierung am Patienten verankert. Die Krankenhauslandschaft wird bedarfsgerecht und wohnortnah umgebaut: Die Entfernung zur nächsten Einrichtung darf höchstens 20 Kilometer betragen. Dementsprechend werden die Klinikstandorte kategorisiert und spezialisiert.

... braucht man ein perfektes Zusammenspiel zwischen medizinischer und pflegerischer Versorgung. Man braucht Menschen, die mit Spaß und Freude ihren Beruf ausüben. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die Qualität muss im Gesundheitsbereich oberste Priorität haben. Qualität bedeutet nicht nur moderne Geräte, sondern auch bestens ausgebildete Ärzte und Pfleger.

Die Investitionsmittel für die Krankenhäuser in NRW ...

... sind ausreichend. Das Land stellt mehr als 500 Millionen Euro jährlich über die Krankenhausförderung sowie 210 Millionen Euro über den Strukturfonds bereit. Der überwiegende Teil des Geldes wird als jährliche Pauschale vergeben. Dadurch haben die Einrichtungen Planungssicherheit und können das Geld flexibel einsetzen. Die Krankenhäuser können eigenverantwortlich und bedarfsorientiert kalkulieren.

... sind nicht ausreichend. Der Investitionsstau der letzten Jahre geht zulasten des Personals. Mit der Finanzspritze des Bundes muss die Personalsituation nachhaltig verbessert werden. Es muss auch ein Umdenken im stationären Bereich folgen. Bettenreduzierungen und Schließung von Fachabteilungen müssen stärker als Chancen gesehen werden, die eine weitere Qualitätsverbesserung mit sich bringen können.

Um mehr junge Menschen für die Krankenpflege zu gewinnen, ...

... wollen wir gemeinsam mit dem Bund die Pflegeausbildung reformieren und den Pflegeberuf attraktiver gestalten. Zukünftig soll es einen einheitlichen Pflegeberuf geben. Eine gemeinsame generalistische Ausbildung soll die Voraussetzungen für eine leistungsgerechte und angemessene Vergütung schaffen, für Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege. Zudem wollen wir Aufstiegschancen verbessern.

... kann der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg der Zusammenlegung der Ausbildungsfelder Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege das Berufsbild aufwerten. Dadurch können die Fachkräfte in allen Versorgungsformen tätig werden. Die kostenfreie Ausbildung bei einer angemessenen Ausbildungsvergütung wird ein weiterer Anreiz für viele potenzielle Auszubildende sein.



Arif Ünal
(GRÜNE)



Susanne Schneider
(FDP)



Olaf Wegner
(PIRATEN)

... muss verbessert werden. Für die Pflege von Mensch zu Mensch muss bundesweit eine verbindliche Personalbemessung eingeführt werden, um ausreichend und entsprechend vergütete Pflegekräfte im Einsatz zu haben. Der Personalbedarf muss sich aus dem tatsächlichen Pflegebedarf der Patient*innen ableiten. Wir brauchen auf Bundesebene ein transparentes und leistungsbezogenes System der Pflegefinanzierung.

... ist angesichts der knappen Personalbesetzung und der zunehmenden Anforderungen Besorgnis erregend. Aus meiner eigenen Berufserfahrung in der Pflege sind mir sowohl der wertvolle Beitrag zur Patientenversorgung wie auch die Arbeitsbelastung sehr wohl bekannt. Für eine gute Pflege benötigen wir deshalb genügend und qualifiziertes Personal.

... ist katastrophal und völlig unakzeptabel. Unattraktive Arbeitszeiten, miserable Arbeitsbedingungen, dafür aber schlechte Bezahlung, das ist die Realität des Pflegepersonals in NRW. Wobei die miserablen Arbeitsbedingungen im Bereich Pflege vor allem auf die stetige Arbeitsverdichtung durch den laufenden Personalabbau in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen sind.

... müssen sich die Pflegenden auf die individuellen Bedürfnisse der Menschen einrichten. Denn die Anforderungen nehmen weiter zu, da die Bedarfe vielschichtiger werden, etwa von Menschen mit Demenz, für eine kultursensible Pflege oder zur Wahrung der sexuellen Identität. Nicht zuletzt müssen natürlich auch die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention in der Pflege Berücksichtigung finden.

... brauchen wir nicht nur eine ausreichende Personalausstattung. Ebenso sollte das Pflegepersonal von fachfremden Aufgaben entlastet werden, indem bürokratische Anforderungen reduziert werden und sowohl Serviceleistungen wie auch einzelne ärztliche Tätigkeiten nicht auch noch vom Pflegepersonal ausgeführt werden müssen.

... muss der Betreuungsschlüssel dringend deutlich erhöht werden. In den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern liegt der Betreuungsschlüssel bei 1 zu 4,5 bzw. 5. In Deutschland bei 1 zu 10. Bei diesen Zahlen verwundert es nicht, dass sich z.B. in den Niederlanden anteilmäßig viel weniger Menschen in einem Krankenhaus mit multiresistenten Keimen infizieren als in NRW.

... hat Rot-Grün um über 30 auf über 533 Millionen Euro gesteigert. Die Forderungen der Krankenhäuser liegen weit höher. Da diese Diskrepanz in allen Bundesländern besteht, muss geklärt werden, welche Investitionen notwendig sind, um die Versorgung zu gewährleisten. Weil die Länder auf Dauer nicht in der Lage sein werden, die Investitionsmittel zu stemmen, müssen sich auch Bund und Kassen beteiligen.

... sind absolut unzureichend. Die Fördermittel des Landes liegen im Vergleich deutlich hinter anderen Bundesländern. So gibt Baden-Württemberg beispielsweise je Einwohner rund 40 % mehr aus. Diese fehlenden Mittel verursachen einen Kostendruck auch in anderen Bereichen und stehen so einer Aufstockung des Pflegepersonals im Wege.

... die von der Landesregierung bereitgestellt werden, sind völlig unzureichend. Bei einem Investitionsbedarf von 1,5 Milliarden Euro und einer Fördersumme von 500 Millionen Euro wird kein Taschenrechner benötigt, um auf eine Investitionslücke von 1 Milliarde Euro zu kommen. Die Folge ist, dass die Krankenhäuser noch mehr am Pflegepersonal sparen, um das Geld für Investitionen zu verwenden.

... müssen vor allem die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Dazu gehören eine ausreichende Personalausstattung und teamorientierte Organisationsstrukturen. Familienfreundliche Arbeitszeiten können ebenso einen Anreiz bieten wie auskömmliche und langfristige Anstellungsverhältnisse. Die Attraktivität dieses sozialen Berufs steigt auch durch die Entlastung von pflegefremden Tätigkeiten.

... brauchen wir vor allem mehr Wertschätzung des Pflegeberufs. Die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung darf nicht dazu führen, dass einerseits insgesamt weniger Ausbildungsplätze angeboten werden und andererseits Bewerber durch zu hohe Anforderungen abgeschreckt werden. Eine zweijährige Assistenzausbildung könnte zudem den Einstieg in das Berufsfeld erleichtern.

... muss der Beruf des/der Krankenpflegers/in attraktiver werden. Da sich an den unattraktiven Arbeitszeiten nur sehr wenig ändern lassen wird, kann dies ausschließlich durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung geschehen. Um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, müssen in erster Linie mehr Pflegekräfte eingestellt und somit der Betreuungsschlüssel verbessert werden.



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Bürgersprechstunde

27.5.2016 – Der Petitionsausschuss bietet am Montag, 4. Juli 2016, zwischen 15 und 18 Uhr eine Bürgersprechstunde im Landtag, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, an. Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten Region – auch aus den angrenzenden Kreisen, Städten und Gemeinden – können die Möglichkeit nutzen, den Abgeordneten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsausschusses ihre Probleme mit Kommunal- und Landesbehörden zu schildern. In einigen Fällen kann erfahrungsgemäß sofort Rat erteilt werden. Wer an der Bürgersprechstunde teilnehmen möchte, sollte sich anmelden, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden: 0211/884-2506 oder -2938. Der Petitionsausschuss des Landtags hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Behörde falsch behandelt fühlen. Die Abgeordneten nehmen sich der einzelnen Fälle an und versuchen je nach Sachlage, mit den Beteiligten gemeinsame Lösungswege zu finden. Weitere Informationen zum Petitionsverfahren finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Naturschutzgesetz

30.5.2016 – Rund 50 Sachverständige haben sich in einer Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum geplanten Naturschutzgesetz der Landesregierung ([Drs. 16/11154](http://Drs.16/11154)) geäußert. Es soll das bisherige Landschaftsgesetz ersetzen. Der Gesetzentwurf sieht u. a. eine Stärkung des Grünlandschutzes und des Biotopverbundes vor, dessen Fläche von 10 auf 15 Prozent erhöht werden soll. Während Umweltverbände das Konzept begrüßten und zum Teil weitere Schutzmaßnahmen forderten, übten vor allem die Wirtschaft und das „Aktionsbündnis Ländlicher Raum“ Kritik am Entwurf. In dem Bündnis haben sich Organisationen aus Landwirtschaft, Grundbesitzern,

Forst, Gartenbau, Jagd und Fischerei zusammengeschlossen. Sie fürchten Wettbewerbsnachteile, Überregulierungen und Eingriffe ins Eigentumsrecht.

Pflichtfach Informatik an Schulen?

1.6.2016 – Die PIRATEN-Fraktion fordert ein Pflichtfach Informatik für die Sekundarstufe I aller Schulformen ([Drs. 16/10784](http://Drs.16/10784)). Im Schulausschuss haben Experten dazu unterschiedlich Stellung bezogen. Alle betonten die Notwendigkeit informatischer Bildung. Argumente dafür waren der Fachkräftemangel und ein mündiger Umgang mit dem digitalen Wandel. Mehrere Experten unterstützten die Forderung der PIRATEN-Fraktion. Manche Fachleute sprachen sich stattdessen dafür aus, die Kompetenzvermittlung fächerübergreifend in Lehrplänen festzuschreiben. Nur Fachlehrkräfte vermitteln engagiert und zuverlässig das notwendige, breit gefächerte Wissen, entgegneten andere Sachverständige. Ein Pflichtfach könne allerdings fachfremde Lehrkräfte dazu verleiten, die Verantwortung, Kompetenzen im digitalen Wandel zu vermitteln, an die Informatiklehrkräfte abzugeben, gab ein Experte zu bedenken. Außer Frage stand die notwendige technische Ausrüstung an Schulen.

IT-Infrastruktur in Kliniken

1.6.2016 – Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat sich in einer Sachverständigen-Anhörung mit der Informationstechnik (IT) in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern befasst. Grundlage war ein Antrag der PIRATEN-Fraktion („Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss sicher sein – die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden!“, [Drs. 16/11216](http://Drs.16/11216)). Die Informationstechnik der Kliniken sei „marode und veraltet“, sie biete „Kriminellen aus aller

Welt eine große Angriffsfläche“, schreibt die Fraktion. Sie fordert u. a., die Investitionskosten für Krankenhäuser um 500 Millionen auf 1 Milliarde Euro anzuheben. IT-Sicherheit und Datenschutz hätten in den Kliniken einen hohen Stellenwert, hieß es in einer Stellungnahme der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen. Allerdings hätten die Cyber-Attacken auf mehrere Kliniken in NRW deutlich gemacht, dass „dringend mehr Investitionen in die IT-Infrastruktur notwendig sind“. Andere Sachverständige bestätigten diese Einschätzung.

Elternvertretung

1.6.2016 – Auf der Basis eines FDP-Antrags ([Drs. 16/11418](http://Drs.16/11418)) haben Sachverständige im Schulausschuss kontrovers über die Einführung einer „durchgewählten Elternvertretung“ diskutiert. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, ihr Ziel einer einheitlichen Landeselternvertretung nicht weiter zu verfolgen. Derzeit gibt es verschiedene Stadt- und Kreisschulpflegschaften sowie Elternverbände verschiedener Schulformen und Bedarfslagen. In den Statements der 14 Sachverständigen ging es immer wieder um Pluralität und Meinungsvielfalt einerseits und eine möglicherweise höhere demokratische Legitimation und Durchsetzungskraft andererseits. Die Befürworterinnen und Befürworter einer einheitlichen, gewählten Elternvertretung unterstrichen den Vorteil, eine stärkere Stimme gegenüber politischen Gremien zu haben und sich institutionalisiert austauschen zu können. Gegnerinnen und Gegner der Idee führten an, dass es schwierig sei, sich von jemandem vertreten zu lassen, der die eigenen Probleme nicht kenne. Manche Sachverständige plädierten für eine Mischform: „Basis stärken, Pluralität erhalten.“ So sei eine schlagfertige Struktur zu begrüßen, der Alleinvertretungsanspruch einer einheitlichen Elternvertretung aber abzulehnen.

Wenn jede Minute zählt

Erste Hilfe und Wiederbelebung Themen im Gesundheitsausschuss

25. Mai 2016 – Ein Mensch bricht zusammen. Kreislaufstillstand. Zeugen rufen den Rettungsdienst. Erste Hilfe leisten sie jedoch nicht. Vielleicht, weil sie Angst haben, etwas falsch zu machen. Bis zum Eintreffen des Notarztes vergehen Minuten, die über Leben und Tod entscheiden können. Das Thema stand nun im Mittelpunkt einer Sachverständigen-Anhörung des Gesundheitsausschusses. Grundlage war ein Antrag der FDP-Fraktion.

Plötzlicher Herztod und Kreislaufstillstand seien in Deutschland die dritthäufigste Todesursache, heißt es im Antrag der FDP-Fraktion („Leben retten – Förderung der Ersten Hilfe und Wiederbelebung durch Laien bringt mehr Erfolg“, [Drs. 16/10079](#)). Mehr als 100.000 Menschen seien im Jahr davon betroffen. Viele könnten überleben, wenn anwesende Laien schnell eingreifen würden, schreiben die Liberalen. Die Bereitschaft dazu sei jedoch sehr gering. Sie könne aber durch die Vermittlung besserer Kenntnisse gesteigert werden. Aus diesem Grunde regt die Fraktion u. a. an, Schülerinnen und Schüler von der 7. Klasse an flächendeckend in Nordrhein-Westfalen in Erster Hilfe zu unterrichten. Ebenso sollte in allen Rettungsleitstellen die sogenannte Telefonreanimation eingeführt werden. Das heißt: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leitstellen leiten Ersthelfer telefonisch bei der Wiederbelebung an. Außerdem solle die Landesregierung „innovative Konzepte im Rettungswesen“ erproben – etwa die „Alarmierung ausgebildeter Ersthelfer in unmittelbarer Nähe von Notfallpatienten über eine durch die Leitstelle aktivierte Smartphone-App“.

Ausbildung ab der 7. Klasse

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) begrüßte den Antrag. Es gelte der Grundsatz: „Nicht der Rettungsdienst rettet ein Leben, sondern jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger im therapiefreien Intervall bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes.“ Durch Aufnahme in den Schulunterricht könne die Erste Hilfe einen höheren Stellenwert erhalten. Kinder und Jugendliche lernten die Herz-Lungen-Wiederbelebung und könnten darüber hinaus Eltern, Geschwister, Freundinnen und Freunde dazu anregen, einen Kompaktlehrgang zu besuchen: „Dies wäre der Beginn einer flächendeckenden Ausbildung in Erster Hilfe.“ Das DRK empfiehlt eine kontinuierliche Ausbildung. Sinnvoll sei der Beginn in der 7. Klasse mit Anbindung an den Biologie-Unterricht.

Der „Deutsche Rat für Wiederbelebung“ (GRC, German Resuscitation Council) unterstützte den Antrag ebenfalls. In NRW fordere der Herzkreislauf-Stillstand jährlich mindes-

tens 17.500 Todesfälle. Viele Menschen könnten gerettet werden, „wenn mehr Laien gleich mit ganz einfachen Maßnahmen beginnen würden“, um die Zeit bis zum Eintreffen des Notarztes zu überbrücken. Das Gehirn werde so weiter mit Sauerstoff versorgt, ohne den es bereits nach 3 bis 5 Minuten sterben würde. Studien belegten, dass einfache Maßnahmen durch Laien die Überlebenschancen der Betroffenen verdoppeln bis vervierfachen. Allerdings hätten viele potenzielle Ersthelfer Angst, etwas falsch zu machen. Dabei sei Wiederbelebung kinderleicht: „Das Einzige, was man falsch machen kann, ist, nichts zu tun.“ Die entsprechenden Kenntnisse würden den meisten „zu spät und ausschließlich im Rahmen des Erste-Hilfe-Kurses zum Führerschein vermittelt“. Sinnvoller sei es, bereits in der Schule damit zu beginnen.

Der Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen sei auch im Vergleich mit anderen Bundesländern gut aufgestellt, befand die Arbeitsgemeinschaft Notärzte in NRW. Dies gelte für Ballungszentren und Flächenkreise. Ein großer Teil der Notfallpatienten und -patientinnen könne innerhalb weniger Minuten von professionellen Helfern erreicht werden. Bei einem Teil sei dies aus unterschiedlichen Gründen jedoch nicht möglich. Bereits heute würden deshalb in unterschiedlichem Ausmaß sogenannte „First-Responder-Konzepte“ verfolgt. Beispiele seien die Bestückung von Polizei- und Feuerwehrfahrzeugen mit automatischen Geräten zur Elektrotherapie, zudem sollen Disponenten in Rettungsleitstellen Anrufer bei der Wiederbelebung anleiten. Ein neues Konzept orte über Mobilfunk Freiwillige mit fachlicher Vorbildung in der Nähe des Notfallortes. Alles dies könne jedoch „nicht verhindern, dass bis zu ersten wirksamen Maßnahmen Minuten vergehen und es sein kann, dass der Notfallpatient bereits vor Eintreffen des Rettungsteams einen irreparablen Hirnschaden erleidet“. Durch eine verstärkte Breitenausbildung werde aus notärztlicher Sicht „ein bisher nur begrenzt zugängliches Zeitfenster geöffnet, welches für das Überleben eines akuten Kreislaufstillstandes, insbesondere für ein Überleben ohne dauerhafte Beeinträchtigung, von zentraler Bedeutung ist“.

zab

Foto: Schälte



Royalser Besuch: Königin Silvia von

24. Mai 2016 – Als Silvia Renate Sommerlath 1963 am Luisen-Gymnasium in Düsseldorf ihr Abitur macht, ahnt sie vermutlich noch nicht, dass sie später Königin von Schweden sein würde. 53 Jahre später besucht sie den Landtag in Düsseldorf. Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat sie eingeladen, im Rahmen der königlichen Reise nach Nordrhein-Westfalen, wo ihr der „Benediktpreis von Mönchengladbach“ für soziales Engagement verliehen wird, das NRW-Parlament zu besuchen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das Haus der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein Ort der Begegnung, ein Ort, an dem regelmäßig freundschaftliche Verbindungen und diplomatische Beziehungen gepflegt werden. Wenn aber eine Königin ihren Besuch ankündigt, dann laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Protokoll, Sicherheitsanforderungen, Besucherdienst, Haustechnik, Presseakkreditierung – neben dem regulären Parlamentsbetrieb gilt es, an vieles zu denken. Da wird der rote Teppich auf Qualitätsstandards überprüft. Da werden

Fähnchen organisiert und verteilt und am Tag des Besuchs im Landtag sieht man mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als sonst in der Farbkombination Blau-Gelb.

Und dann ist sie da. Sieben Motorräder mit Blaulicht erreichen um 12.03 Uhr den Vorplatz des Landtags. Als Ihre Majestät Königin Silvia von Schweden aus dem Auto steigt, fällt als erstes ihr gewinnendes Lächeln auf. Es erreicht auch die Terrassen der ersten Etage, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagsverwaltung Fähnchen mit der schwedischen Flagge oder dem nordrhein-westfälischen

Wappen schwenken. Eine Etage darunter, am Rand des roten Teppichs, blitzen die Kameras, während Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den Ehrengast im Landtag Nordrhein-Westfalen herzlich begrüßen.

Zahlreiche Neugierige

Gödecke und Kraft führen die Königin durch die Bürgerhalle, in der sich links und rechts der Sicherheitsabspernung zahlreiche Neugierige drängen. Königin Silvia bleibt stehen, unterhält sich kurz mit Schülerinnen und Schülern der „Internationella Skolorna“, einer schwedischen Sprachschule, die sich zum Besuch der Königin im Landtag angemeldet haben. Vor dem Empfangsraum der Präsidentin trifft sie auf die Vizepräsidenten des Landtags, Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke, sowie auf den Minister für Bundesange-





Schweden zu Gast im Landtag

legenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei, Franz-Josef Lersch-Mense, und den Parlamentarischen Geschäftsführer der PI-RATEN-Fraktion, Marc Olejak, die die Königin ebenfalls herzlich begrüßen.

Normalerweise tragen sich hochrangige Gäste im Empfangsraum der Präsidentin ins Gästebuch des Landtags ein. Diesmal aber ist es anders: Die Hausherrin des Landtags führt Ihre Majestät Königin Silvia von Schweden in den Plenarsaal, wo bereits zwei Grundschulklassen der Katholischen Grundschule Am Portzenacker in Köln und der Ernst-Moritz-Arndt-Schule in Burscheid gespannt auf die Königin warten. Die Viertklässlerin Selma fragt Silvia, ob es denn Spaß mache, eine Königin zu sein. Ja, antwortet Ihre Majestät, es mache Spaß, aber manchmal sei es auch anstrengend.

Das Gästebuch des Landtags bleibt natürlich nicht ohne Eintrag und im Plenarsaal

schreibt die Königin: „Ich freue mich sehr, wieder in Düsseldorf zu sein. Meine besten Wünsche.“

Zeit für Gespräche

Zeit für ein kurzes Mittagessen. Silvia von Schweden, der ebenfalls anwesende schwedische Honorarkonsul Dr. Kai Grunar, die Landtagspräsidentin, die Ministerpräsidentin, die Vizepräsidenten, der Minister und der parlamentarische Geschäftsführer kommen ins Gespräch und Geschenke für die fünf Enkelkinder der Königin gibt es auch noch.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke führt die Gäste durch den Landtag, präsentiert ausgewählte Werke von nordrhein-westfälischen Künstlern in der Wandelhalle und den Raum der Stille. Dieser dient nicht nur für die regelmäßigen christlichen Andachten in jeder Plenarwoche, sondern steht auch allen Abgeord-

neten aller Glaubensrichtungen offen, um im parlamentarischen Alltag Momente der Ruhe und Besinnung zu ermöglichen.

Zum Schluss darf ein Besuch im neuen, multimedialen Besucherzentrum des Landtags nicht fehlen. Ihre Majestät Königin Silvia von Schweden sieht den Informationsfilm, der viel über Nordrhein-Westfalen und über die parlamentarische Arbeit im Landtag verrät. Die Landtagspräsidentin demonstriert anhand einer der acht Informationsstelen, wie es gelingt, interaktiv und spielerisch politisches Wissen zu vermitteln. Als die Königin noch die anderen Infosäulen ausprobieren möchte, verweist die Hofdame auf die fortgeschrittene Zeit, denn es folgen weitere Termine der Königin, nicht zuletzt die Preisverleihung.

Um 14.31 Uhr steigt Ihre Majestät Königin Silvia von Schweden wieder ins Auto, begleitet von sieben weißen Motorrädern. Sie winkt – und lächelt.

sow



Fotos: Schälte

AUS DEN FRAKTIONEN

Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ ist ein Erfolg für die vorsorgende Politik in NRW

Jetzt hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung den Abschlussbericht des Modellprojektes „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ vorgestellt. „Das Projekt hat den Praxistest erfolgreich bestanden. Die Auswertungen in den 18 beteiligten Städten und Kreisen belegen: Vorbeugung funktioniert, wirkt und lohnt sich“, sagt Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Seit 2012 haben 18 Modellkommunen vor allem für Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen und benachteiligten Familien sogenannte Präventionsketten von der Geburt



Britta Altenkamp (SPD)

bis zum Start ins Berufsleben auf- oder ausgebaut. Die Jungen und Mädchen können von den frühen Hilfen profitieren und so ihre Chancen auf gute Bildung verbessern. Deshalb wurde ein Netzwerk von der Schwangerschaftshilfe über Kitas, Schulen, Ärzte, Sportvereine bis hin zu Jugendämtern und Justiz sowie Polizei geknüpft. Nach dem Grundsatz „vorbeugen

ist besser als reparieren“ geht es darum, spätere aufwendige und kostenintensive Interventionen zu vermeiden. „Dieser präventive Ansatz ist ein zentrales Vorhaben Hannelore Krafts und unserer Politik in Nordrhein-Westfalen“, sagt Britta Altenkamp weiter. „Und die jetzt vorliegenden Ergebnisse bestärken uns

darin. Die ersten vier Jahre nach Projektstart sind ein großartiger Erfolg. Deshalb soll ‚Kein Kind zurücklassen‘ nach bisheriger Planung bis 2020 fortgesetzt und landesweit auf alle Kommunen ausgedehnt werden.“

Das Programm ist im rot-grünen Koalitionsvertrag von SPD und Grünen festgeschrieben: Kinder sollen so „die gleichen Chancen für ein gelingendes Aufwachsen“ bekommen. „Die Armutsbekämpfung hat bei uns einen besonderen Stellenwert“, betont Britta Altenkamp. Umso wichtiger ist die jetzt vorliegende Analyse, die belegt, dass die Angebote für Familien in schwierigen Lebenssituationen angenommen werden. ■



„In unserem Bildungssystem stimmt vieles nicht“

Die Zahlen der jüngsten Studie des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Nordrhein-Westfalen belegen schwarz auf weiß: Die Situation an Grundschulen ist vielerorts am Siedepunkt. Die Überforderung der Lehrerinnen und Lehrer mit immer neuen Aufgaben war eines von vielen Themen im Austausch zwischen dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet und dem VBE-Vorsitzenden Udo Beckmann.



„Lehrerin oder Lehrer in Nordrhein-Westfalen zu sein, ist derzeit nicht einfach“, resümierte Laschet. „Bei der Inklusion mangelt es an genügend Ressourcen und einer realistischen Planung, der Unterricht fällt häufig ohne Vertretungskräfte aus und die Integration der Flüchtlingskinder fordert die Lehrkräfte zusätzlich. In unserem Bildungssystem stimmt vieles nicht.“ Statt die Hilferufe der Schulen ernst zu nehmen, lasse die Schulministerin die Lehrerinnen und Lehrer im Stich. Wenn sie die Hilferufe von Lehrer- und Elternverbänden ins Leere laufen lasse, werde die CDU sie im Landtag daran erinnern. Laschet: „Die Schulministerin muss auf die drängenden Fragen der Betroffenen ihrer Politik Antworten geben.“

Die CDU-Fraktion hat eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen gemacht. Die Landesregierung muss unseren Schulen eine verlässliche Grundlage für ihre Arbeit geben: Durch spürbare Verbesserungen bei der Inklusion, durch eine digitale Erfassung des Unterrichtsausfalls als Startpunkt für dessen Reduzierung und durch ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Unterrichtung von Flüchtlingskindern. Nur so kann Aufstieg durch Bildung gelingen, der anders für viele Kinder in unserem Land nicht möglich ist. ■



Die Landtagsfraktion
CDU

Milch nicht verramschen

Die Milchpreise sinken seit Monaten und bedrohen die Existenz von immer mehr Höfen und Betrieben. Um sich ein Bild von der schwierigen Lage zu machen und sich mit den Betroffenen auszutauschen, haben die Abgeordneten der GRÜNEN Fraktion Milchviehbetriebe in ganz NRW besucht.

Nachdem die Europäische Union vor gut einem Jahr die Milchquote abgeschafft hat, gibt es auf dem Milchmarkt ein Überangebot. Die Gespräche mit verschiedenen Landwirten haben sehr deutlich gemacht, wie dramatisch sich die wirtschaftliche Lage der Milchbäuerinnen und Milchbauern zugespitzt hat. 2015 haben allein in

NRW 223 Milchbäuerinnen und Milchbauern ihre Betriebe aufgeben müssen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Milcherzeugung spürbar reduziert wird, um den Milchmarkt wieder zu stabilisieren. Davon pro-

fitieren perspektivisch auch die kleinen Betriebe, indem sie wieder faire Preise für ihre Milch erhalten. Bei unseren Besuchen ist uns klar geworden, wie wichtig es ist, dass die Höfe erhalten bleiben. Wir wollen keine Tierindustrie, sondern die bäuerliche Milchproduktion – am besten in Bioqualität. Anstatt immer mehr immer billiger zu produzieren, muss die Landwirtschaft auf Qualitätsprodukte wie zum Beispiel Bio- oder Weidemilch setzen.



Industriekongress der FDP-Fraktion: Zukunft für NRW gestalten

Die Nachrichten zur Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen sind besorgniserregend: Null-Wachstum, verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, marode Infrastruktur, zu wenig Investitionen in Bildung. Gerade für die Zukunft als Industriestandort benötigt NRW aber neue Ideen und Perspektiven, um wieder Wachstum zu erreichen. Wie das geht und was nötig ist, darüber

hat die FDP-Fraktion bei ihrem großen Industriekongress mit namhaften Gästen wie BDI-Präsident Ulrich Grillo und Ralf Kersting diskutiert. Rund 500 Gäste – Unternehmer, Verbandsvertreter, Arbeitnehmer und Gewerkschaftsvertreter – konnte die Fraktion im Landtag begrüßen.

„Viele der Probleme sind hausgemacht – im eigenen Land, durch die eigene Landesregierung: Denken Sie an den Klimaschutzplan, den Landesentwicklungsplan oder das neue Naturschutzgesetz“, betonte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. „NRW kann mit mutigen und nach vorne gerichteten Ideen wirtschaftlich wieder nach vorne kommen.“ Aus Sicht der FDP sind drei Dinge besonders wichtig: NRW muss repariert, modernisiert und digitalisiert werden.

Ulrich Grillo, Präsident des BDI, nannte die Zahlen zur Wirtschaftslage erschreckend. Das

müsse „wachrütteln“. Als besondere Gefahr für den Industriestandort NRW sieht Grillo den Klimaschutzplan 2050 von Bundesumweltministerin Hendricks. „Die deutsche Energiepolitik ist zum Risikofaktor für internationale Investoren geworden.“

Ralf Kersting, Präsident der IHK NRW, kritisierte die Verzögerung: „Wir haben nicht den Mut, uns mit den Besten zu messen. Das allein ist traurig für das Industrieland NRW. Die Zukunft unseres Bundeslandes wird durch die Industrie entschieden.“ Ein Fazit, das breite Zustimmung fand.



Studie Bus und Bahn #fahrscheinfrei in drei Modellkommunen

Bus und Bahn müssen immer mehr leisten. Auch Pendler würden den öffentlichen Nahverkehr öfter nutzen, wenn die Voraussetzungen stimmen. Dies käme auch den politischen Zielen vom Klimaschutz bis zur Gestaltung des städtischen Lebensraums entgegen.

Aber der aktuelle Mix zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs steht auf der Kippe: Querverbund, kommunale Haushalte, Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel – überall drohen die Weichen in Richtung weniger Attraktivität gestellt zu werden. Das muss sich ändern.

Die Piratenfraktion NRW zeigt jetzt, dass das freie Fahren ohne Fahrschein in Bus und Bahn realisiert werden kann: finanziert durch eine Umlage und neue, kommunale Finanzierungsinstrumente.

Dazu beauftragen wir eine Studie, die untersucht, welche Umsetzungsschritte in einer Gemeinde notwendig sind, um Bus und Bahn #fahrscheinfrei umzusetzen. Aus sieben lokalen Initiativen haben wir drei Räume für die Studie ausgewählt: Bad Salzuflen, das nördliche Ruhrgebiet (Kreis Recklinghausen) und Wuppertal.

Bad Salzuflen in OWL hat nur vier Stadtbuslinien und gute Voraussetzungen für einen fahrscheinfreien Nahverkehr. Der Kreis Recklinghausen liegt mitten in NRW und reprä-



sentiert weite Teile des Ballungsraumes. Wuppertal ist bereits das Verkehrslabor von NRW und vertritt die Kategorie der Großstädte. Unter anderem diskutiert „Bürgerticket Initiative Wuppertal“ dort bereits seit längerem das Bürgerticket.

Die Machbarkeitsstudie „Bus und Bahn fahrscheinfrei in NRW“ für die Piratenfraktion NRW wird von tjm-consulting mobilitätsmanagement aus Köln erstellt.

www.fahrscheinfrei.de



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Minister und Pensionen

Sachverständige äußern sich zu Gesetzentwurf der Landesregierung

2. Juni 2016 – Die Landesregierung will die Altersversorgung von Ministerinnen und Ministern neu regeln. Der entsprechende Entwurf sieht eine Reihe von Änderungen und Ergänzungen im Landesministergesetz vor. Sie betreffen u. a. den Zeitpunkt des Versorgungsanspruchs und den Beginn der Ruhegehaltszahlung. Außerdem sollen Karenzzeitregelungen analog der Bundesregelungen aufgenommen werden. In einer Anhörung des Hauptausschusses äußerten sich Sachverständige zu dem Entwurf.

Die Altersversorgung der Ministerinnen und Minister und auch der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre solle den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden, heißt es im Gesetzentwurf ([Drs. 16/11153](#)). Dabei würden die Vorgaben zur Versorgung von Beamtinnen und Beamten berücksichtigt. Abweichend davon sei aber keine „an das beamtenrechtliche Lebenszeitprinzip angelehnte Versorgung im Falle des Ruhestandes vorgesehen. Sie wird als ein der Bedeutung des Amtes angemessener Teil der späteren gesamten Altersversorgung sichergestellt“.

Der Gesetzentwurf sei verfassungskonform, urteilte Prof. Dr. Martin Morlock (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf). Ministerinnen und Minister seien erheblichen beruflichen Risiken ausgesetzt: „Die Tätigkeit in diesem Amt kann aus verschiedenen Gründen, unvorhersehbar oder auch ohne eigenes Zutun beendet sein. Die Regelung der Altersversorgung sollte dem dadurch Rechnung tragen, dass diese Risikobelastetheit und damit die Unterbrechung einer Erwerbstätigkeit in diesem Beruf abgesichert wird.“ Mögliche Karenzzeiten nach dem Ausscheiden seien ebenfalls empfehlenswert. Es handle sich um „eine Regelung, die verhindert, dass schon im Amt Rücksicht genommen wird auf eine nachfolgende Tätigkeit in der Wirtschaft“. Demgegenüber stehe zwar die im Grundgesetz verankerte Berufsfreiheit. Ein-

schränkungen könnten jedoch gerechtfertigt sein, sofern sie die Verhältnismäßigkeit wahren.

„Seitenwechsel“

Ähnlich argumentierte Prof. Dr. Marcel Krumm (Westfälische Wilhelms-Universität Münster). Eine Karenzzeitregelung bewirke einen „intensiven Eingriff in die Berufsfreiheit“ der Betroffenen. Sie lasse sich aber verfassungsrechtlich rechtfertigen: „Wenn der Gesetzgeber meint, dass ein zeitnahe Seitenwechsel aus dem Ministerium heraus in die Privatwirtschaft das Vertrauen der Bevölkerung in die Integrität der Landesregierung erschüttert oder zumindest beschädigt, dann ist dies nicht zu beanstanden.“ Dass der Versorgungsanspruch künftig schon nach zwei Jahren erreicht werden soll, sei „von der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers gedeckt“. Es liege „in der Natur des Ministeramtes, dass man sich Versorgungsansprüche nicht durch eine Lebenszeittätigkeit, sondern eben nur durch die Wahrnehmung von Verantwortung auf Zeit verdienen kann“.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht seien die vorgesehenen Versorgungsregelungen „grundsätzlich unbedenklich“, so Prof. Dr. Michael Sachs (Universität zu Köln). Dies gelte jedoch nicht für die Regelung zur Karenzzeit: „Immerhin dürfte es bei der Untersagung einer bestimmten beruflichen Betätigung trotz der begrenzten Dauer um eine Beschränkung der Berufswahl gehen.“

Der Reformansatz bleibe auf halbem Wege stecken, sagte Heinz Wirz, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler in NRW. Gegen eine Karenzzeitregelung habe der BdSt keine Einwände. Positiv sei auch, dass beamtenrechtliche Aspekte berücksichtigt würden. Gleichwohl sollten höhere Abschläge angesetzt werden, wenn die Betroffenen das Ruhegehalt früher in Anspruch nähmen. Der BdSt wies in seiner Stellungnahme auf eigene Vorschläge hin. Mitglieder der Landesregierung sollten zum Amtsgehalt zusätzlich „einen Betrag

für eine selbst zu organisierende Alters- und Hinterbliebenenversorgung“ erhalten. Dessen Höhe solle dem Pflichtbetrag der Landtagsabgeordneten zum Versorgungswerk entsprechen und erst dann ausgezahlt werden, wenn ein Verwendungszweck vorliege. zab

Zentrale Änderungen

- Scheidet eine Ministerin oder ein Minister aus dem Amt aus, sollen Karenzzeitregelungen gelten. Wird während der einjährigen Karenzzeit eine neue Tätigkeit untersagt, sollen die vollen Amtsbezüge als Übergangsgeld weitergezahlt werden.
- Versorgungsansprüche entstehen nach 2 statt bisher 5 Amtsjahren.
- Die Ruhegehaltszahlungen beginnen erst ab Erreichen der beamtenrechtlichen Regelaltersgrenze.
- Eine vorzeitige Inanspruchnahme von Ruhegehalt ab dem 60. Lebensjahr ist mit Abschlägen möglich.
- Der Mindestruhegehaltssatz nach 2 Jahren Amtszeit beträgt 9,566 Prozent. Für weitere 8 Jahre beträgt der Steigerungssatz 4,783 Prozent/Jahr, ab dem 11. Jahr 2,319 Prozent/Jahr bis zum Höchstsatz von 71,75 Prozent.

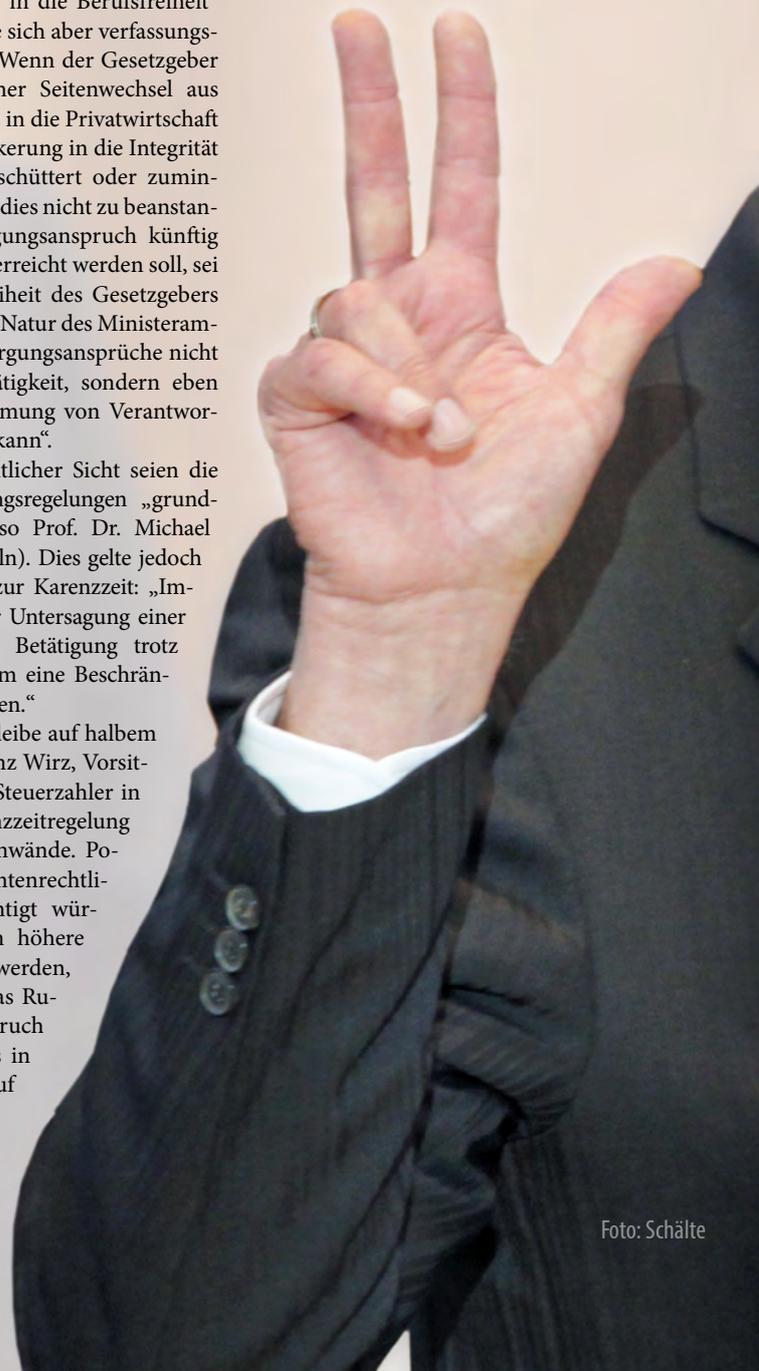


Foto: Schälte

Porträt: Claudia Middendorf (CDU) Konsum gestalten



Das gewinnende Lachen ist typisch: Claudia Middendorf verkörpert eine lebensbejahende Einstellung. Die 47-jährige Dortmunderin ist zupackend – und den Menschen zugewandt. „Ich bin die Kümmerin für meine Stadt“, sieht sich die CDU-Landtagsabgeordnete als „Kind des Ruhrgebiets“ in der Selbstverpflichtung, ganz nah bei den Menschen zu sein. „Ruhris haben eine feine Antenne und ein gutes Gespür“, berichtet die Christdemokratin über ihre Erfahrungen und Eindrücke, die sie bei ihren regelmäßigen Begegnungen mit den „Pott“-Bürgern gesammelt hat. „Es muss ehrlich gemeint sein, sonst merken es die Menschen“, setzt sie auf Aufrichtigkeit und Nähe. Diesen Anspruch praktiziert sie seit 2012 und pflegt deshalb ihr Veranstaltungsformat „Politik vor Ort“, etwa bei regelmäßigen Besuchen auf Marktplätzen. Ihr größtes politisches Anliegen verwirklicht sie im Parlament als Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion im Petitionsausschuss. „Da ist man wirklich bei den Menschen“, ist sie froh, ganz persönliche Probleme von Hilfesuchenden aufzugreifen und – zumindest häufig – lösen zu können.

Wie ist es zu erklären, dass eine junge Frau, die in der „Herzkammer der Sozialdemokratie“ groß geworden ist, ihre politische Heimat bei den Konservativen gefunden hat? Ihr Vater hatte eine Schlüsselfunktion: Vier Jahrzehnte war er kommunalpolitisch aktiv. Das prägte, zumal ihre Mutter starb, als sie gerade erst elf Jahre zählte und häufig ihren Vater begleitete. Ihr sei der Auftrag, etwas für die Menschen unternehmen zu müssen, sozusagen in die Wiege gelegt worden. Folgerichtig startete sie ihren Weg in die Politik 1995 als sachkundige Bürgerin im Kinder- und Jugendausschuss des Dortmunder Rats. Zehn Jahre zuvor hatte sie bereits als Jugendleiterin bei der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) Erfahrungen sammeln können, wie die Interessen ihrer Klientel vertreten werden.

Das Interesse an Jugendthemen ergab sich auch aus der beruflichen Tätigkeit: Nach der

Ausbildung als Erzieherin bildete sich Claudia Middendorf weiter und schaffte vor inzwischen 21 Jahren den Abschluss als Diplom-Sozialpädagogin. „Man muss sich stark machen für Kinder und Jugendliche – besonders in Dortmund“, kennt die Christdemokratin die Herausforderungen in ihrer Heimatstadt, die stark vom Strukturwandel geprägt war – und bleibt.

Ihr vom christlichen Menschenbild beeinflusstes Grundverständnis („Der Mensch steht im Mittelpunkt meiner Arbeit.“) führte sie folgerichtig in die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA). „Absolut faszinierend“ findet die 47-Jährige die Tätigkeit von Ex-CDU-Landtagsfraktionschef Karl-Josef Laumann, der für sie ein politisches Vorbild ist. Den größten Einfluss hat indes ihr Vater ausgeübt. Sein Wohl war ihr Verpflichtung, denn zwölf Jahre lang hat sie ihn zu Hause gepflegt, ihm einen Großteil ihrer Aufmerksamkeit gewidmet. Um der besonderen Verantwortung gerecht zu werden, hat sie – im Einvernehmen mit ihrem Mann – sogar den eigenen Kinderwunsch unerfüllt gelassen. Halbe Sachen sind keine Sache für die Westfälin, die sich als Vertreterin des Dortmunder Stadtteils Hörde sieht. Einst Stahlstandort, jetzt mit dem Phönix-See ein Synonym für die Veränderung zugunsten von Dienstleistungen und Freizeit – das hat die die Christdemokratin vor der Haustür gelehrt, was Veränderung bedeutet. Trotz der beinahe historischen Überlegenheit des politischen Mitbewerbers SPD hat Claudia Middendorf die Hoffnung auf einen Sieg nie aufgegeben: „Träume und Wünsche darf man doch haben“, verweist sie darauf, dass die letzte Wahl für das Dortmunder Oberbürgermeisteramt denkbar knapp ausgegangen ist. Da ihr Gegenkandidat, Ex-NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD), nicht erneut antritt, könnten ihre Chancen besser sein.

Glück hatte die Christdemokratin, als sie 2009 für den Abgeordneten Rudolf Henke in den Landtag nachrückte und zehn Monate lang erfahren hat, was Regierungsverantwortung bedeutet. Auf Platz 18 der CDU-Reserveliste abgesichert, zog sie 2012 erneut ins Landesparlament ein. Die erste Hürde für die Fortsetzung des Mandates hat die Hörderin bereits genommen: Bei nur einer Gegenstimme wurde sie zur CDU-Kandidatin in ihrem Wahlkreis nominiert.

„Der Kreisverband trägt mich absolut positiv mit“, freut sie sich über – den nicht immer selbstverständlichen – Rückhalt in der eigenen Partei. Beinahe wäre sie dort nie gelandet, denn als junge Frau habe sie – vor dem Hintergrund des geliebten sozialen Engagements – sogar überlegt, Nonne zu werden. *Robert Vornholt*

Die interaktive Ausstellung „Konsum Kompass“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und des Umweltbundesamts lädt im Landtag NRW zum Nachdenken und Nachforschen über Konsum ein. Sie wurde am 8. Juni 2016 eröffnet. Im Mittelpunkt stehen die Gestaltungsmöglichkeiten des Einzelnen. Konsumaspekte lassen sich durch Drehen, Stecken, Scannen, Kurbeln, Tippen und Tauschen direkt ausprobieren. Es geht um den Einkauf, um Kleidung, ums Bauen, Wohnen und die Stadtentwicklung, um Mobilität, Reisen, Freizeit und Spiel, Einrichtung, Licht und Technik. So können Besucherinnen und Besucher den eigenen CO₂-Verbrauch eines Tages ermitteln. Über ein Schlüsselprinzip werden verschiedene Anhaltspunkte erklärt, die im Alltag Orientierung beim Einkaufen geben können. Eine Informationswand, an der mehrere Jeans drapiert sind, lenkt den Blick auf die Verteilung der Gewinne von der Näherin bis zum Geschäft in Deutschland. Gezeigt wird auch der Weg einer Jeans quer durch die Welt – in 11 Schritten vom Baumwollanbau zum Verschleiß. Durch Türspione lassen sich neue Methoden des Bauens und der Stadtentwicklung entdecken. Die Ausstellung wird anlässlich des NRW-Vorsitzes der Verbraucherschutzministerkonferenz gezeigt. Sie ist noch bis 8. Juli 2016 in der Bürgerhalle des Landtags zu sehen. Wer sie besuchen möchte, wird gebeten, sich vorher telefonisch unter 0211/884-2129 oder per Mail an veranstaltungen@landtag.nrw.de anzumelden. Zu besichtigen ist die Ausstellung immer montags bis freitags zwischen 11 und 17 Uhr.

„Sport bewegt“

„Sport bewegt NRW“ – unter diesem Motto präsentierte sich der Landessportbund am 8. und 9. Juni 2016 im Landtag. Zum Angebot gehörten Informations- und Beratungsangebote zur Leistungspalette des organisierten Sports und der Kommunikationsinitiative „NRW für Rio“, Informationen zur Kampagne „Das habe ich beim Sport gelernt“ sowie Mitmachangebote wie Mini-Tischtennis und Soft Basketball. Zur Auftaktveranstaltung am 7. Juni 2016 konnte Landtagspräsidentin Carina Gödecke zahlreiche Gäste in der Bürgerhalle des Parlaments begrüßen, darunter den Präsidenten des Landessportbunds NRW, Walter Schneeloch, den Vorsitzenden des Sportausschusses, Axel Wirtz, und den Spitzen-Leichtathleten Markus Rehm. Mehr zu der Veranstaltung lesen Sie auf der Internetseite des Landtags: www.landtag.nrw.de.

Kurz notiert

Flüchtlinge im Blickpunkt

Gleich zwei Ausstellungen zum Thema „Flüchtlinge“ sind noch bis 22. Juni 2016 in der Wandelhalle des Landtags zu sehen. Die Ausstellung des Innenministeriums NRW „Vom Menschen zum Flüchtling – vom Flüchtling zum Menschen“ berichtet anhand von 15 Porträts der Fotografin Cornelia Suhan von den Hoffnungen und Träumen der Migrantinnen und Migranten, die sich aufgemacht haben in ein neues Leben. „Flüchtling – Flucht – Zuflucht“ des Internationalen Bundes IB West gGmbH dokumentiert Fluchtgeschichten mit Hilfe von Kunst. Die beiden Kölner Künstler Gudrun Barenbrock und Sven Schmitz visualisierten die Fluchterlebnisse anhand von Fotoarbeiten und Videokunst. Um vorherige Anmeldung wird gebeten unter Tel.: (0211) 884-2129 oder E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Flucht damals und heute

Um Unterschiede und Parallelen der Fluchtsituation und Vertreibung im und nach dem Zweiten Weltkrieg einerseits und heute andererseits ging es bei einer Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Landtag. Der Historiker Prof. Dr. Bernd Faulenbach beschrieb es als eine der größten Leistungen der Nachkriegsgeschichte, 9,4 Millionen Menschen integriert zu haben, und warb für Geduld im heutigen Integrationsprozess. Zu Wort kamen auch Zeitzeugen, die selbst geflohen waren: einer damals, einer vor kurzem. Einen Bericht über die Veranstaltung finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Jugend debattierte

In der Kunst der politischen Rede überzeugten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landesfinales Jugend debattiert NRW: Die Endrunde fand am 23. Mai 2016 im Plenarsaal statt. Es siegten Lia Schönweiß von der Kaiserin-Augusta-Schule in Köln (Altersstufe I) und Johannes Stupperich vom Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Hamm (Altersstufe II). Am Finale nahmen die acht besten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahrgangsstufen 8 bis 9/10 und 10/11 bis 13 teil.

Gestorben

13.5. Klaus Evertz (CDU/71) MdL 1971-1990



Jugend-Landtag 2016

Von 23. bis 25. Juni tagt der Jugend-Landtag 2016 im nordrhein-westfälischen Landesparlament. Aus dem ganzen Land reisen dann wieder 237 Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren an, um sich drei Tage lang intensiv der parlamentarischen Arbeit in Fraktions- und Ausschusssitzungen sowie einer Plenarsitzung zu widmen. Die Jugendlichen sollen Politik in der parlamentarischen Demokratie praktisch erfahren und ihre Kenntnisse über die Abläufe im Parlament erweitern. Themen des diesjährigen Jugend-Landtags sind „Ermöglichung eines Gesellschaftswissenschaftlichen Abiturs“ sowie „Verpflichtendes Projekt zu Politik in Schulen einführen“. Höhepunkt ist wieder die Plenarsitzung am Samstag, 25. Juni 2016, die live übertragen wird unter www.landtag.nrw.de. Foto: Schälte